

MH17- Abschuss, Sanktionen, Positionspapiere und Verschwörungstheorien

– eine neue Qualität des Konfliktes zwischen dem Westen und Russland

Autor: Andreas Steininger

Es wird immer schwieriger, Russland zu verteidigen. Dies liegt nicht allein an dem fürchterlichen Anschlag auf ein ziviles Flugzeug durch wahrscheinlich prorussische Separatisten in der Ostukraine, die ihre Luftabwehrraketen – so die Berichte – allem Anschein nach aus Russland erhielten. Dies liegt vor allem an dem danach folgenden Umgang Moskaus mit der Katastrophe, bei dem die Aufklärung der Geschehnisse offensichtlich nicht unterstützt und bisweilen krude Verschwörungstheorien in russischen Medien verbreitet werden, die geeignet sind, die Glaubwürdigkeit Russlands zu zerstören.

Bislang schien die deutsche Bundesregierung an ihrem Kurs des Mahnens und Warnens festzuhalten. Und wahrscheinlich zu Recht.

Nun sollen aber andere Seiten aufgezogen und echte Wirtschaftssanktionen erlassen werden. In den vergangenen Wochen haben bei einer Fülle von Veranstaltungen¹ und Meinungsäußerungen² die Fronten der Russlandbefürworter und Russlandgegner verhärtet; aus konservativen Kreisen wird eine

¹ Unternehmerkongress des Ostausschusses zur EU–Deutschland–Ukraine–Russland 2014 vom 7.07.14 in Berlin; Veranstaltung des Ost und Mitteleuropaverbands OMV zum Thema Russland-Sanktionen–Aktuelle Herausforderungen für das Vertrags- und Forderungsmanagement vom 11.06.14 in Frankfurt; Veranstaltung des Petersburger Dialoges, Zukunftswerkstatt, siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe, vom 25.-27.06 in Dresden, Schloss Wackerbarth; Veranstaltung des Ostinstituts Wismar am 20. Juli 2014, Berlin; diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern führt lediglich exemplarisch auf, dass innerhalb einer kurzen Zeit eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema Russland, die Ukraine und die Europäische Union durchgeführt wurden.

² Siehe beispielsweise Osteuropa 5-6/2014, "Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg" durchleuchten 17 Experten die Hintergründe der Auseinandersetzung in und um die Ukraine.

Neupositionierung gegenüber Russland gefordert.³ Aber was bringt dies mit sich? Und wie sinnvoll ist es? Wie vertretbar sind auf der anderen Seite noch die russischen Positionen?

Der folgende Kommentar versucht, Sanktionen, eine mögliche Neupositionierung gegenüber Russland und die Argumente der russischen Seite näher zu beleuchten:

I. Die Sanktionen:

Nun wird die EU voraussichtlich scharfe Sanktionen gegen ganze Wirtschaftsbereiche Russlands beschließen. In dem überarbeiteten Konzeptentwurf werden alle vier Bereiche genannt, in denen Sanktionen gegen russische Firmen verhängt werden könnten. Dazu zählen der russische Zugang zu europäischen Finanzmärkten, Rüstungsgüter, sensible Technologien etwa im Energiebereich sowie sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke genutzt werden können. Nicht betroffen sind nach Angaben von EU-Diplomaten die Lieferung von Öl, Gas und anderen Rohstoffen aus Russland.

Aber sind diese Sanktionen wirklich sinnvoll?

1. Auswirkungen der bevorstehenden Sanktionen auf die russische Wirtschaft?

Im Hinblick auf die Auswirkungen der Sanktionen kommt es sicherlich darauf, wann wie diese genau ausgestaltet werden. Wie man hört sollen vor allem die folgenden Bereiche betroffen sein:

- russische Zugang zu europäischen Finanzmärkten,
- Rüstungsgüter,
- sensible Technologien etwa im Energiebereich
- sowie sogenannte Dual-Use-Güter

Die Wirtschaft Russlands ist sicherlich schwach, fußt im Wesentlichen auf dem Verkauf von Gas und Öl und steht vor einer Reihe gravierender Strukturprobleme. Fraglich ist aber dennoch, ob die Sanktionen sogleich derart spürbar sein werden, dass sie die russische Wirtschaft soweit schwächen, dass sie ihr Ziel erreichen.

a. Zugang zu den Finanzmärkten

Was den Zugang zu den Finanzmärkten anbelangt, so verfügt Russland zurzeit über ausreichende Devisenreserven (die vierthöchsten in der Welt nach China, Schweiz und Japan: 472,5 Milliarden Dollar), die noch einen Handlungsspielraum von Monaten zulassen.⁴

³ Siehe Positionspapier von Dr. Andreas Schockenhoff und Karl-Georg Wellmann, <http://www.wellmann-berlin.de/aussenpolitisch>.

Ferner liegen die Rohstoffpreise zurzeit recht hoch (bei Öl etwa bei 108 USD) und damit weit von dem Punkt entfernt, an dem der Ölverkauf Russland in die Defizitzone bringen würde (etwa bei 70 USD).⁵

Ein Problem für die russische Wirtschaft dürfte bei erweiterten Sanktionen die Kapitalflucht aus dem Land sein. Gerade hat die russische Zentralbank den Leitzins von 7,5 auf 8 % angehoben, um den Rubel zu stützen.⁶

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass gerade vor zwei Woche als Konkurrenz zum Internationalen Währungsfonds die BRIC-Entwicklungsbank gegründet wurde, aus der sich der russische Staat alternativ frische Kredite beschaffen kann.⁷

Zu einem Crash der russischen Wirtschaft wird aber auch dies nicht führen. Aus der jüngsten Krim-Krise wissen wir, dass zwar der russische Aktienindex nachgegeben hatte, aber nur um etwa 2,4 %.⁸ Dies bedeutet zwar Verluste, jedoch keine wirtschaftliche Katastrophe, so dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese jetzt eintreten wird.

b. Lieferstopps im Industriebereich

Bezüglich der Lieferstopps im Technologiebereich, so wird im Westen häufig vergessen, dass die Wirtschaftsstruktur in Russland nicht mittelständisch geprägt ist, sondern durch Großunternehmen mit 100.000 Mitarbeitern und mehr mit enger staatlicher Anbindung, die in Krisenfällen einen wesentlich längeren Atem haben, als etwa deutsche Mittelständler.

Auch sollte man nicht übersehen, dass Russland sich zumindest mittelfristig benötigte Güter, insbesondere Konsumgüter, aus China beschaffen und somit ausweichen kann. Daher ist auch die Aussage „Russland braucht uns mehr, als wir Russland“ so nicht haltbar (siehe dazu auch noch ausführlich unter Ziffer II.5.).

c. Lieferstopps bei Rüstungsgütern

Lieferstopps bei Rüstungsgütern dürfte für Russland am leichtesten zu verschmerzen sein, da Russland in diesem Bereich selber über ausreichende Ressourcen und Industrien verfügt. Damit trifft man am ehesten die eigene Industrie, hier die französische, die sich anschickte, zwei Hubschrauber-Träger an Russland zu liefern.

⁴ http://cbr.ru/hd_base/default.aspx?Prtid=mrrf_m; <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/anleihen-zinsen/russische-notenbank-kaempft-gegen-kapitalflucht-13064865.html>.

⁵ <http://fx-commodities.ru/oil/>; <http://lenta.ru/articles/2014/04/10/oil/>.

⁶ <http://www.cbr.ru/>; http://www.cbr.ru/press/PR.aspx?file=25072014_133011dkp2014-07-25T13_00_55.htm.

⁷ Die Bezeichnung der Bank ist New Development Bank (NDB), <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/gipfel-der-brics-staaten-russische-waffen-fuer-suedamerika-13047097.html>.

⁸ <http://www.sicapitalservices.com/motd.html>; <http://www.finmarket.ru/shares/>.

d. Lieferstopp im Energiebereich

Wirkliche Probleme dürfte die russische Wirtschaft erst dann bekommen, wenn man die Rohstoffexporte abschneidet und die Sanktion langfristig anhalten. Aber Rohstoff-Import-Stopps sind – nach den bisherigen Meldungen – nicht geplant.

2. Anders herum: Folgen der neuen Sanktionsstufe für deutsche Firme?

Auch hier bleibt sicherlich abzuwarten, welche Sanktionen genau in Kraft gesetzt werden.

Dennoch muss man sich vor Augen halten, dass Deutschland mit mehr als 6.000 deutschen Unternehmen in Russland engagiert ist. Etwa 300.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Handel mit Russland direkt oder indirekt ab.⁹ Eine mittelständisch geprägte Wirtschaft, die nicht auf staatliche Intervention oder Unterstützung hoffen kann, ist bei solchen wirtschaftspolitischen Krisen wesentlich anfälliger, als etwa die russische Wirtschaft.

Zum einen werden durch wirtschaftliche Sanktionen der dritten Stufe einige Unternehmen direkt durch Ausfuhrstopps betroffen sein. Ungeachtet dessen, dass noch nicht ganz klar ist, welche Sanktionen genau beschlossen werden, ist es jedoch wahrscheinlich, dass bestimmte Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus, die Geräte für etwa die Ölindustrie liefern, ihre Geschäfte nicht abwickeln können. Beispielsweise könnten hier alle Zulieferer der South-Stream Pipeline betroffen sein.¹⁰

Zum anderen steht zu befürchten, dass Russland trotz Investitionsschutzabkommens und Auslandsinvestitionsgesetz Maßnahmen gegenüber ausländischen Investoren treffen wird. Aus Sorge vor diesen schwer kalkulierbaren Gegenmaßnahmen verzichten viele Investoren auf geplante Investitionen – hier könnte ich drei Beispiele aus meinem unmittelbaren Umfeld als Anwalt in Moskau schildern. Dies bedeutet, dass auch geplante Einnahmen und Umsätze ausbleiben.

Aber es sind nicht nur die kurzfristigen Investitionen, die betroffen sein dürften. Viel problematischer ist, dass sich viele russische Abnehmer nach einem Lieferstopp westlicher Firmen umorientieren und nach China und Japan wenden und sich dort mit den notwendigen Gütern, vielleicht sogar billiger, eindecken und dann auch bei diesen Lieferanten bleiben dürften. Der Verlierer dieser Maßnahmen sind damit eindeutig deutsche Unternehmen, der Gewinner heißt China.¹¹

Herr Dr. Cordes, der Leiter des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, der ursprünglich eine Politik verfolgt hat, die Sanktionen ausschließt, hat letztlich gesagt, dass „wenn die deutsche

⁹ <http://www.ost-ausschuss.de/ost-ausschuss-warnt-vor-wirtschaftskonflikt>.

¹⁰ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/eu-contra-russland-sanktionen-spalten-deutsche-wirtschaft/10251054.html>.

¹¹ So auch die Warnung von Herrn Mario Ohoven, dem Präsidenten des Bundesverbandes der mittelständischen Industrie, Handelsblatt, vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/mario-ohoven-mittelstands-praesident-gegen-schaerfere-russland-sanktionen-/10252076.html>.

Wirtschaft einen Preis bezahlen müsse, werde sie ihn bezahlen“. Es macht das Wort vom „Primat der Politik“ die Runde, wobei man sagen muss, dass die Industrie hier im Zweifel keine Wahl hat, als den politischen Vorgaben Folge zu leisten.¹² Denn Sanktionen lassen sich auch auf dem Verwaltungswege – so durch Ordnungsgelder – durchsetzen.

Abgesehen davon, dass wir zurzeit überhaupt nicht einschätzen können, welcher Preis dies ist, so scheint doch eines klar: einen Preis wird es geben.

3. Welche Wirkung würde das Beschneiden der Rohstoffgeschäfte haben?

Es ist tatsächlich so, dass das Abschneiden der Rohstoffexporte Russland zurzeit am meisten unter Druck setzen würde. Denn der russische Staat finanziert sich zu einem großen Teil aus den Beteiligungen und Steuereinnahmen der großen russischen Energieunternehmen wie GAZPROM oder NOVATEC. Hier könnte es zumindest kurzfristig zu Problemen führen, die Russland nur dadurch lösen könnte, dass es seine Devisen-Reserven abschmilzt.

Wenn man eine solche Maßnahme träfe, so müsste diese aber auch rasch geschehen, um Russland die Möglichkeit zu nehmen, sich anderweitige Abnehmer zu suchen. Tatsache ist, dass sich Russland schon jetzt nach China wendet und China einen gigantischen Energiebedarf hat.

Tatsächlich wagt aber auch im Westen kaum jemand diesen Schritt, da man um die eigene Abhängigkeit vom russischen Gas und Öl weiß. So kamen im Jahre fast 40 % des deutschen Erdgasaufkommens sowie 35 % des Rohölaufkommens aus Russland. In Zeiten einer kostspieligen Energiewende sind diese Mengen nicht von einem Tag auf den anderen ersetzbar. Auch andere europäische Staaten wie etwa Italien sind sehr abhängig von russischen Rohstoff- und Energielieferungen.

Fraglich bleibt allerdings, ob selbst bei einer solchen Maßnahme Russland zum Einlenken gezwungen werden könnte.

4. Bedeutung der voraussichtlichen Maßnahmen bzw. Sanktionen der EU

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen lässt sich folgendes zusammenfassen:

Bislang hatten die Sanktionen der Stufe 1 und 2 (Stopp der Verhandlungen über Visa-Erleichterungen, Einreiseverbote und Kontosperrungen) eher symbolischen Charakter. Selbst die Erweiterung der Sanktionsliste auf bestimmte Personen (so den Chef des Geheimdienstes) und 18 Einrichtungen (wieder mit Einreiseverboten und Kontosperrungen) haben eher kosmetische Korrektur.

¹² http://www.t-online.de/wirtschaft/id_70385650/sanktionen-gegen-russland-wirtschaft-fordert-haerte-gegen-putin-.html; <http://www.handelsblatt.com/politik/international/eckhard-cordes-wirtschaftssanktionen-kommen-uns-teuer-zu-stehen/9648490.html>.

Echte spürbare Sanktionen wären und sind Lieferstopps. Und hierbei muss ein ausgewogenes Verhältnis gefunden werden, damit nicht ein EU-Land (wie etwa Deutschland) über die Maßen belastet wird. Sanktionen im Finanzbereich würde England treffen, im militärischen Bereich Frankreich, im industriellen Bereich Deutschland.

Hier würden aber nur Stopps der Energielieferungen Russland wirklich schmerzen. Diese müssten allerdings schnell geschehen, damit sich Russland nicht Alternativen für die Abnahme seiner Rohstoffe (so China) suchen kann.

Die wahrscheinlichste Konsequenz wird sein, dass es nicht zum einem Einlenken Russlands kommt. Vielmehr wird Russland versuchen, sich mit Gegenmaßnahmen zu wehren und sich sowohl im Hinblick auf neue Abnehmer für seine Energie als auch zur Beschaffung von Konsumgütern sich nach China zu orientieren.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es zu einer Eskalation der Situation, zu einem Wirtschaftskrieg kommen kann. Und es ist nicht auszuschließen, dass unsere Industrie nachher mehr Leittragende sein wird, als die russische.

Insofern haben die Sanktionen eher die Funktion einer Gesichtswahrung und der Beruhigung, etwas getan zu haben nach den Ereignissen – wie dem Flugzeugabschuss – in der Ukraine.

5. Gibt es Alternativen, um Russland zum Einlenken im Ukraine-Konflikt zu bewegen?

Außenminister Steinmeier ist in den letzten Tagen von der deutschen Presse teilweise sehr hart als zu nachgiebig gegenüber Russland charakterisiert worden, da er immer wieder das Gespräch mit russischen Offiziellen gesucht hat. Dieses Urteil ist ungerecht und zeugt auch nicht von wirtschaftlicher und politischer Rationalität.

Es gibt keine Alternative zu Verhandlungen, auch wenn dies mühsam und ermüdend ist. Wir können Russland weder etwas befehlen, schon gar nicht zu etwas zwingen.

Es wird im Westen immer noch zu häufig verkannt, dass es sich bei Russland immer noch um eine Großmacht handelt, ohne die so gut wie kein weltpolitisches Problem zu lösen ist. Schon bei kleineren Ländern bewirken Sanktionen kaum etwas, bei einem Land wie Russland wohl noch weniger. Auch die USA würde man kaum zu irgendetwas auf dem Wege von Sanktionen zwingen können.

Auch genießt Putin in der russischen Bevölkerung vollste Unterstützung im Hinblick auf die Ukraine. Bei Druck von außen kommt es zu einem Solidarisierungseffekt. Es wurde gesagt, dass man den

russischen Brüdern in der Ukraine helfen muss.¹³ Selbst wenn er wollte, kann er nur schlecht einfach einen Rückzieher machen.

Russland müsste ein Angebot gemacht werden, dass es ermöglicht, gesichtswahrend in Verhandlungen mit Europa einzutreten. Auch wenn es weh tut und medial wohl kaum zu vertreten ist: wir müssten Russland jetzt sogar entgegenkommen, z.B. mit Visaliberalisierungsgesprächen.

Langfristig muss ein Plan ausgearbeitet werden, über welche Mechanismen Russland am besten in europäische Entwicklungsprozesse eingebunden werden kann, so dass nicht wieder 5 Jahre über ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine verhandelt wird Russland erst am Ende befragt wird.

II. Neupositionierung gegenüber Russland: das Positionspapier von Dr. Andreas Schockenhoff und Karl-Georg Wellmann

Exemplarisch für die Position der Russlandkritiker sei ein Positionspapier¹⁴ vom 1. Juli 2014 von Dr. Andreas Schockenhoff¹⁵ und Karl-Georg Wellmann¹⁶ zitiert, in dem eine Neubestimmung der Beziehung zu Russland gefordert wird. Man kann davon ausgehen, dass dieses Papier umso mehr gelten wird, als dass sich die Krise um den Flugzeugabschuss und die nachfolgenden Sanktionen verschärft.

1. Diskrepanz zwischen Ausgangslage und Zielvorstellungen

Das Papier beginnt zunächst mit einer ausgesprochen pessimistischen Einschätzung des Verhältnisses zwischen Russland einerseits und der EU und Deutschlands andererseits. Es werden die unterschiedlichen Wertvorstellungen (Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit), die unterschiedlichen Interessenlagen (Interesse Russlands an der Vergrößerung seiner Einfluss-Sphäre) sowie die Wahl unterschiedlicher Mittel (im Unterschied zu Russland setze die EU auf rechtsstaatliche Entwicklung, Kooperation und Softpower) hervorgehoben. Daher sei auch die Vertrauensgrundlage der letzten Jahre geschwunden.

Soweit, so gewohnt die Russlandkritik. Blättert man dann aber an das Ende des Papiers, werden Forderungen gestellt, die von den größten „Russlandverstehern“ stammen könnten. So seien die Wiederaufnahme von Visaliberalisierungsgesprächen sowie eine Neuauflage der Modernisierungspartnerschaft notwendig. Selbst Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen Vladivostok und Lissabon werden wieder für möglich gehalten, wenn die notwendigen

¹³ http://www.gazeta.ru/auto/news/2014/05/02/n_6124805.shtml.

¹⁴ Siehe bereits oben Ziffer I.1.a.; <http://www.wellmann-berlin.de/aussenpolitisch>.

¹⁵ Mitglied des deutschen Bundestages, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, ehemaliger Russlandkoordinator der Bundesregierung bzw. Vorgänger von Gernot Erler in dieser Position.

¹⁶ Mitglied des deutschen Bundestages, Vorsitzender der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe.

Voraussetzungen (Übereinstimmung in politischen Zielvorstellungen, Rechtsstaatlichkeit und Wertefragen sowie freiheitlich-demokratische Grundprinzipien) von russischer Seite vorliegen sollten.

Nur bleiben die Autoren die Antwort schuldig, welche Voraussetzungen denn Russland konkret für diese Ziele denn erfüllen müsste. Die vagen Verweise auf Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft helfen hier kaum weiter.

Auch wird nicht deutlich, wie denn diese Ziele – wären sie genau definiert – zu erreichen wären. Die zu Beginn des Positionspapieres festgestellten Unterschiede zwischen der EU und Russland scheinen im Ergebnis kaum überbrückbar zu sein, so dass die Zielvorgaben nur als realitätsfern bezeichnet werden können. Nur welches Ziel ist dann realistisch? Worauf soll dann hingearbeitet werden? Insbesondere nach solch einem Ereignis wie dem Flugzeugabschuss in der vergangenen Woche?

Auch sonst wirft das Positionspapier Fragen auf:

2. Annexion der Krim und dennoch Visaliberalisierungsgespräche?

In dem Positionspapier wird bekräftigt, dass man die Annexion der Krim niemals anerkennen werde. Solange Russland die Krim nicht räume, sollten die geltenden Sanktionen¹⁷ nicht aufgehoben werden. Was die Sanktionen gegen Persönlichkeiten der russischen Führungselite (so Einreiseverbote und Kontosperrungen) anbelangt, so dürfte dies von Russland zu verschmerzen sein. Im Hinblick auf die generelle Aussetzung der Verhandlungen über Visafreiheit, die ebenfalls Teil der geltenden Sanktionen war, stellt sich die Frage, warum die Verfasser in demselben Positionspapier zwei Seiten später erläutern, dass die Aufnahme von Verhandlungen über Visaerleichterungen wieder begonnen werden sollten. Also auch ohne, dass Russland die Krim räumt? Und wie sieht es jetzt aus – nach einem singulären Ereignis wie dem Flugzeugabschuss?

Ferner sagen die Verfasser nicht, was – abgesehen vom Bestehenlassen der bisherigen Sanktionen – in Zukunft zu geschehen hat, wenn Russland die Krim nicht räumt. Wie soll dann weiter mit Russland umgegangen werden? Glauben die Verfasser ernsthaft, dass die Krim wieder der Ukraine zurückgegeben werde? Hierzu schweigt das Positionspapier.

Die Forderungen nach der dritten Stufe der Wirtschaftssanktionen werden nur mit der Eskalation der Situation in der Ost-Ukraine verknüpft. Kann man davon ausgehen, dass diese Eskalationsstufe nunmehr erreicht ist, so dass diese Zielsetzung ausfällt?

Dabei wäre es trotz der Vorkommnisse sicherlich richtig, eine Liberalisierung in der Visafrage zu erreichen, wenn man einen Dialog der Zivilgesellschaften wirklich anstrebt und langfristig auch

¹⁷ Siehe Beschluss 2014/145/GASP des Rates vom 17. März 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen.

anstrebt, dass westliches Gedankengut in der breiten Masse der russischen Bevölkerung implementiert wird.

3. Fortsetzung der EU-Annäherungsdynamik?

Auch die Aussage, die so genannte „EU-Annäherungsdynamik“ für ehemalige Staaten der Sowjetunion mit dem Abschluss von Assoziierungsabkommen zu unterstützen und dem Hegemonialbestrebungen Russlands zu entziehen, ist durchaus problematisch. Denn man kann trefflich über die Frage streiten, ob die Hegemonialbestrebungen Russlands allein das Desaster der vergangenen Monate in der Ukraine ausgelöst haben oder ob nicht vielmehr auch die Avancen des Westens dazu geführt haben, dass die Ukraine vor einer Zerreißeprobe stand. Immerhin hat man in mit der Regierung der Ukraine annähernd fünf Jahre über das Assoziierungsabkommen verhandelt, wobei man sicherlich größere Anstrengungen von Seiten der EU hätte unternehmen können, um Russland und die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine einzubinden. Bis heute ist Russisch nicht als gleichberechtigte Sprache in der Ukraine anerkannt. Insofern sollte man sich sowohl die Frage stellen, ob die „EU-Annäherungsdynamik“ der richtige Weg ist und, wenn man diese Frage bejaht, ob die Art und Weise der bisherigen Annäherung richtig war.

4. Praktische Kooperation mit der NATO?

Das gleiche gilt für das Verhältnis der NATO zu Russland. Hier befürworten die Verfasser des Positionspapieres, dass zwar einerseits der NATO-Russland-Rat als Gesprächsforum erhalten bleibt, andererseits aber eventuell NATO-Truppen in die osteuropäischen NATO-Staaten entsandt werden sowie Staaten wie die Ukraine und Georgien an die NATO über praktische Kooperation herangeführt werden sollen. Was ist aber praktische Kooperation anderes als eine Vorstufe zum NATO-Beitritt? Dies jedoch genau das, was Russland am meisten fürchtet und was zu einer absoluten Eskalation der Krise beitragen würden. Nicht umsonst haben sich Außenminister Steinmeier und Bundeskanzlerin Merkel wiederholt gegen einen Beitritt dieser Länder zur NATO ausgesprochen. Wie unter solchen Umständen ein vertrauensbildender Dialog möglich sein soll, wie ihn die Verfasser des Positionspapieres es fordern, bleibt ihr Geheimnis.

Sicherlich wird nach dem Abschuss der Maschine der Malaysian Airways der Ruf nach einem militärischen Beistand für die Ukraine wieder lauter werden. Auch die NATO-Beitrittsfrage wird wieder aufkeimen. Gelöst wird dieser Konflikt damit aber nicht werden, im Gegenteil.

5. Und wieder Sanktionen: braucht Russland uns mehr, als wir Russland?

Besonders gefährlich ist auch die Aussage, dass Russland die EU mehr brauche, als umgekehrt. Diese Aussage ist nicht nur wirtschaftlich gefährlich, sondern fordert auch noch zur Trotzreaktion heraus.

Wirtschaftlich gefährlich ist diese These deshalb, da es für das Wohlergehen der über 6.000 deutschen Unternehmen nicht darauf ankommt, wer wen mehr braucht. Eine Unterbrechung ihrer

Geschäfte würde in Deutschland bis zu 300.000 Arbeitsplätze zumindest gefährden.¹⁸ Sicherlich würden Sanktionen zwar auch die russische Wirtschaft treffen. Jedoch ist die Bevölkerung Russlands Krisen gewohnt, so dass zumindest nicht mit Klarheit gesagt werden kann, wer von diesen Sanktionen stärker beeinträchtigt wäre. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass Russland sowohl als Abnehmer seiner Produkte – vornehmlich Gas und Öl – sowie als Quelle für in Russland benötigte Konsumgüter sich auch ohne größere Schwierigkeiten nach Asien wenden kann.

Vor allem aber stellt sich die Frage: werden wirtschaftliche Sanktionen die Krise lösen? Was den Ursprung der Krise, nämlich die Zerrissenheit der Ukraine anbelangt, so kann man dies verneinen (siehe ansonsten zu den Sanktionen oben unter Ziffer I.).

Auch sind solche Aussagen wie „Russland braucht uns mehr als wir Russland“ insofern provokant, als das sie zum Ausprobieren eines solchen Szenarios einladen nach dem Motto: „Das wollen wir doch mal sehen, wer hier wen mehr braucht.“ Und in der gegenwärtig in Russland vorherrschenden antiwestlichen Stimmung ist es nicht abwegig, dass man sich auf ein solches Kräfteressen einließe.

6. Modernisierungspartnerschaft als Mission

Das Positionspapier sieht die Modernisierungspartnerschaft vor allem als Mittel, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland zu stärken. Unter diesen Umständen soll dieses Partnerschaftskonzept aufrechterhalten werden. Damit geben die Verfasser des Positionspapieres der Modernisierungspartnerschaft einen missionarischen Anstrich nach dem Motto: „Wir helfen Euch, Euer Land zu modernisieren, bringen Euch Know-How und Rechtsstaatlichkeit“. Es bedarf eigentlich keiner näheren Begründung, dass eine derartige Interpretation der Modernisierungspartnerschaft in Russland kaum verfangen dürfte.

III. Kann man überhaupt noch für Russland eintreten? Probleme der „Russlandverstehers“

Gerade aber auch nach dem Flugzeugabschuss müssen diejenigen, die Russland verteidigen, immer mehr darauf achten, ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren und sich nicht lächerlich zu machen. Neue Argumente oder gar Lösungsvorschläge können sie zumeist auch nicht vorweisen, um den verfahrenen Beziehungen zwischen Russland und der EU bzw. Deutschland aus der Sackgasse zu helfen. Dabei lag in den vergangenen Wochen vor dem Abschuss des Flugzeuges ein geeigneter Zeitpunkt vor, um Russland in besseres Licht zu rücken, da die sich die mediale Entrüstung vor allem auf die USA und ihre Bespitzelung richtete.

Für die Russlandbefürworter ergeben sich aber vor allem die folgenden Probleme:

¹⁸ <http://www.ost-ausschuss.de/ost-ausschuss-warnt-vor-wirtschaftskonflikt>.

1. Russlands Stärke und Arroganz

Russland – und dies gilt nicht nur für Präsident Putin – wähnt sich zurzeit stark und wirtschaftlich unabhängig. Darüber hinaus sieht man sich gegenüber dem Westen als Gralshüter traditioneller Werte. Dieses teilweise bis zur Arroganz und zum Nationalismus gesteigerte Selbstbewusstsein beruht vor allem auf den natürlichen Ressourcen wie Gas und Öl, mit denen Russland beispielsweise für Deutschland insofern lebenswichtig ist, als es fast 36 % des Gasaufkommens der Bundesrepublik mit seinen Lieferungen bedient.¹⁹ Dieses Selbstbewusstsein verdeckt allerdings den Blick darauf, dass Russland ansonsten kaum weltmarktfähige Produkte vorweisen kann und sich insofern selber in einer Abhängigkeit befindet, ob vom Westen oder aber von asiatischen Staaten, allen voran China.²⁰ Auch Russland sollte sich fragen, ob diese bislang vom Westen, insbesondere von Deutschland eingeführten Waren, so schnell durch asiatische Produkte substituiert werden können.

Auch steht zu befürchten, dass das genannte Selbstbewusstsein die notwendige Kompromissfähigkeit einschränkt, die zum Führen von Verhandlungen erforderlich ist.

2. Russische Verschwörungstheorien: Grenzen der Glaubwürdigkeit

Nicht zu Unrecht kritisierten Kommentatoren russischer Zeitungen häufig die mediale Darstellung Russlands in westlichen Medien. Auch in Deutschland existiert eine große, insbesondere wirtschaftsnahe Meinungsgruppe, welche diese schon vor der Krise bisweilen äußerst harte Kritik an Russland in den Medien anprangert.²¹ Dass man allerdings den westlichen Medien der Lüge bezichtigt²², ging schon vor dem Abschuss der Malaysian Airways MH17 allerdings zu weit.

Wirklich krude sind allerdings die gerade im Zusammenhang mit dem Abschuss des Flugzeuges verbreiteten Verschwörungstheorien. Wohl in dem Bewusstsein, dass da wohl etwas richtig schief gelaufen ist, werden Gerüchte über einen Komplott westlicher Geheimdienste oder der Ukraine

¹⁹ F http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/RussischeFoederation/Bilateral_node.html;
<http://www.germania.diplo.de/contentblob/3839412/Daten/3093892/2013winter.pdf>;
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/erdgas-aus-russland-wie-deutschland-die-abhaengigkeit-reduzieren-kann-a-957112.html>- Artikel vom 6.03.14

²⁰ Im Jahre 2013 wurden fast 36,1 Milliarden Euro auf dem russischen Markt umgesetzt: 8,6 % der in Russland abgesetzten elektrotechnischen Erzeugnisse kamen aus Deutschland, bei Kraftfahrzeugen sind es 21 % und bei im Bereich des Maschinen und Apparatebaus waren es fast 22,5 %. Bei pharmazeutischen Produkten, optischen Geräten und Kunststoffprodukten lag der Anteil der im Jahre 2013 in Russland verkauften Erzeugnisse bei jeweils 5 %; diese Angaben beruhen bisweilen gar auf russischen Quellen, hier des Handelsbüros der Botschaft der Russischen Föderation, http://www.rfhwb.de/Docs/04%20tovarooborot/Tovarooborot%202013_0112.pdf.

²¹ <http://www.ost-ausschuss.de/ost-ausschuss-warnt-vor-wirtschaftskonflikt>

²² <http://www.odnako.org/blogs/zapadnie-smi-vtorzhenie-rossii-na-yugo-vostok-ukraini-nachalos-i-ostanovit-ego-nelzya/>; hier werden einige Beispiele genannt, <http://rossiyanavsegda.ru/read/900/>, in diesem Aufsatz der Internet-Zeitschrift „Rossia navsegda“ wird behauptet, dass – wenn etwas in deutschen Medien über Russland geschrieben werde – dies nur und ausschließlich negativ sei.

verbreitet, welche die Maschine selber abgeschossen haben könnte.²³ Mit dieser Methode der Verteidigung macht man sich endgültig unglaubwürdig.

Allerdings passen sich diese Geschichten nahtlos in eine Reihe solcher Verschwörungstheorien ein, gespeist von einer seit der Ukraine-Krise aufkeimenden Bedrohungsparanoia in der russischen Bevölkerung. Hinter all den politischen Ereignissen der letzten Monate einen Komplott von wahlweise Oligarchen, Geheimdiensten oder sonstigen finsternen Mächten vermutet.²⁴

In diesem Zusammenhang wird von russischer Seite häufig auch die These vertreten, West-Europa sei zu stark von den USA beeinflusst.²⁵ Dabei wird häufig vor allem auf das Internet, Facebook, Google etc. verwiesen, mit denen man sich ausspionieren und gleichzeitig leiten lasse. Allerdings wird bei dieser Überlegung nicht erwähnt, dass ja auch in Russland diese sozialen Netzwerke genutzt wurden und werden und zwar freiwillig. Man wird wohl kaum von Spionage sprechen können, wenn Millionen Menschen solche Netzwerke ohne Zwang bedienen und somit offensichtlich ein Nerv der Zeit getroffen wird. Auch hier gilt letztlich wieder, dass sich Russland nicht über den Verfall von Werten und den Einfluss Internet-gestützter Dienste beschweren sollten, wenn seine Bevölkerung selber diese nutzt.

Noch eines: man muss die teilweise grobe Ablehnung mündende Meinung der westlichen Medien in Bezug auf Russland nicht teilen. Aber man sollte dennoch froh sein, dass in Deutschland und anderen europäischen Ländern die Medienlandschaft weitgehend unabhängig von politischer Einflussnahme ist. Bei allem Ärger und teilweise auch für die deutsche Wirtschaft nicht immer vorteilhafter Berichterstattung, ist dies besser, als eine gesteuerte mediale Welt. Der Grund liegt vor allem darin, dass durch die Unabhängigkeit der Presse Selbstheilungskräfte einer Gesellschaft mobilisiert werden können, die bisweilen in Russland fehlen.

3. Zuletzt: Die nicht enden wollende Wertediskussion, Conchita Wurst und die fehlende Entschuldigung

Russland sieht sich als Hüterin traditioneller Werte, die es gegenüber dem Westen verteidigt und die im Westen verloren gehen. Diese Einstellung kann man sehen, wie man will; sie ist grundsätzlich unproblematisch, solange eine solche Überzeugung nicht auch zu einer Dämonisierung und

²³ Vgl. z.B. Moskovskij Komsomolez, 21.7.2014 über Spekulationen zum Abschuss der Boeing, <http://www.mk.ru/incident/2014/07/21/zasluzhennyy-pilot-sssr>.

²⁴ <http://krizis-kopilka.ru/archives/14119>: So sagt der bekannte russische Fernsehkommentator (1 Kanal) Maxim Schevtschenko, dass die Ukraine-Krise zumindest mit ein Werk des westlichen Auslandes und ihrer Nachrichtendienste sei; oder an anderer Stelle, http://kavpolit.com/articles/osoboe_mnenie_maksima_shevchenko-2052/: „...die USA wollen einen Bürgerkrieg in Europa entfesseln beginnend in der Ukraine“, um hieraus als einzige Supermacht hervorzugehen.

²⁵ Siehe Protokoll der Sitzung des Petersburger Dialoges auf Schloss Wackerbarth am 27. Juni 2014, in dieser Nummer des Ostletters.

Ausgrenzung von Randgruppen führt.²⁶ Verfolgt man allerdings die Debatten in der russischen Öffentlichkeit, so ist genau dies der Fall. Beispielhaft hierfür sind die Kommentare und medialen Einlassungen zum Grand Prix Sieger Conchita Wurst.²⁷ Häufig, wenn Werte im Spiel sind, so kommt es zu einer Ideologisierung und Radikalisierungen nicht nur von gesellschaftlichen Einstellungen, sondern auch von politischen Positionen. Es erfolgt eine negative Ab- und Ausgrenzung gegenüber allem, was von außen kommt und nicht in das eigene Werteschema passt.

Schädlich für Russland selbst ist daran die Tatsache, dass mit der Wertdiskussion die eigenen Defizite überdeckt werden. Anstatt sich über Conchita Wurst und den Verfall der westliche und insbesondere auch deutschen Werte Gedanken zu machen, sollte sich der Diskurs in Russland eher darum drehen, wie die eigene Wirtschaft nicht abgeschottet, sondern international wettbewerbsfähig gemacht werden kann. Denn die russischen Kommentatoren vergessen zumeist, dass ausgerechnet die westlichen Länder, in welchen der Werteverfall ausgemacht wird, trotz dieses Mankos doch offensichtlich wirtschaftlich und industriell sehr leistungsfähig sind und das man ihre Autos, Medikamente und Internet-Plattformen schätzt.

Zu der Wertediskussion gehört auch der offene Umgang mit eigenen Verfehlungen. Gerade das Ereignis des Flugzeugabschusses böte eine geeignete Möglichkeit: zumindest eine offizielle Note des Bedauerns an die Opfer.

IV. Schlussbemerkung

Der Abschuss von MH17 und der unangemessene Umgang der russischen Regierung mit dieser Katastrophe könnten die Stimmung gegen Russland kippen lassen, so dass den Russlandbefürwortern und vor allem der deutschen Wirtschaft kaum mehr Spielräume bleiben, für einen sanktionsfreien Dialog mit Russland einzutreten. So wird es wohl ab dieser Woche zum ersten Mal Wirtschaftssanktionen geben, wobei es jedoch nicht wahrscheinlich ist, dass diese den beabsichtigten Effekt haben, sondern vielmehr in eine Eskalation der Ereignisse münden (siehe Ausführungen unter Ziffer I.).

Sowohl die Positionen der Russlandkritiker, als auch der Russlandbefürworter haben allemal ihre Schwachpunkte und sind bisweilen auch gefährlich, kontraproduktiv und realitätsfern. Ob die jetzt voraussichtlich ab dieser Woche wirksamen Wirtschaftssanktionen ihren Sinn erfüllen werden, Russland von dem bisherigen Weg abzubringen, sondern nicht vielmehr den Gesprächsfaden gänzlich abreißen lassen und vor allem der eigenen Wirtschaft schaden, ist fraglich. Insofern war der von der Bundesregierung bislang verfolgte moderate Weg der richtige.

²⁶ Zur Wertediskussion siehe auch den Beitrag von Hauke Ritz in dieser Nummer des Ost/Letters.

²⁷ Vgl. etwa Bericht in der populären Zeitschrift Moskovskij Komsomolez, 12.5.2014, der die teilweise äußerst kritischen Kommentare russischer Duma-Abgeordneter zu Conchita Wurst wiedergibt.